

INHALT

1. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur HSH-Nordbank beendet
2. Änderung des Aufenthaltsrechts wird geprüft
3. Für eine kostendeckende Refinanzierung der Krankenhäuser
4. Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau und der Nahrungsmittelkette
5. Von Stockelsdorf in die Welt
6. CDU-Fraktion sagt „tschüss“

26.08.2011

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur HSH-Nordbank beendet Abschlussbericht liegt vor



Tobias Koch, MdL

Fast zwei Jahre lang waren die Krise der HSH-Nordbank und die Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Hamburg und Schleswig-Holstein Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung. Die heutige Vorstellung des Abschlussberichtes des Kieler Untersuchungsausschusses verlief vergleichsweise ruhig.

Der Ausschussvorsitzende Wilfried Wengler (CDU) stellte die übereinstimmenden Ergebnisse vor. So sollen die vom Land gehaltenen Aktien an der HSH Nordbank so zügig und werthaltig wie möglich veräußert werden und der damit erzielte Erlös zum Abbau des Schuldenberges des Landes verwendet werden.

Für die CDU-Fraktion stellte deren Obmann Tobias Koch fest, dass die Wurzel der Probleme der HSH-Nordbank in deren Neuausrichtung zur internationalen Geschäftsbank lagen. Damals sei

keine angemessene Risikovorsorge aufgebaut worden. Koch räumte durchaus ein, dass auch die CDU-Fraktion – damals in der Opposition – dieser Neuausrichtung zugestimmt habe.

Koch warf SPD und Grünen vor, zu einer solchen Kritik nicht bereit zu sein: „Ich finde es ausgesprochen fragwürdig, wenn SPD und Grüne in ihren eigenen Entscheidungen des Jahres 2003 keine Fehler erkennen mögen und stattdessen die Ursachen ausschließlich in den Jahren 2007 und 2008 bei anderen suchen.“

Im Falle der SPD natürlich erst nach dem Ausscheiden von Ralf Stegner aus dem Aufsichtsrat im Frühjahr 2008“, betonte Koch.

Die weltweite Finanzkrise ab dem Jahr 2007 sei nicht vorhersehbar gewesen. Die Rettung der Bank verlaufe erfolgreich. „In der Summe sind die Risiken für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein – und damit für den Steuerzahler – zwischenzeitlich um mehr als 15 Mrd. Euro gesunken“, betonte Koch.

Bericht Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1600/drucksache-17-1675.pdf>

Änderung des Aufenthaltsrechts wird geprüft **Wir möchten Menschen eine Perspektive geben**



Astrid Damerow, MdB

Der Schleswig-Holsteinische Landtag diskutierte in seiner heutigen Sitzung über die Änderung des Aufenthaltsrechts für nachhaltig in Deutschland integrierte Ausländerinnen und Ausländer. Für die CDU-Landtagsfraktion machte die Abgeordnete Astrid Damerow deutlich, dass eine Änderung helfen könne, um die zahlreichen Einzelfallentscheidungen der Härtefallkommission künftig zu vermeiden.

Ausgelöst wurde diese Debatte durch den Fall des 14-jährigen Tigran S. und seiner Familie. „Der Fall zeigt, dass wir trotz eines immer weiter entwickelten Aufenthaltsgesetzes immer wieder Betroffene haben, die durch das Raster fallen“, so Damerow. Die so genannte Kettenduldung sei dabei eines der Probleme.

„Wir brauchen hier für die Zukunft mehr Rechtssicherheit und wir möchten gut integrierten Menschen, bei denen sich das Aufenthaltsverfahren unverschuldet in die Länge zieht, Perspektiven bieten“, so die Abgeordnete weiter. Allerdings habe man auch Erwartungen an

die Menschen und müsse klare Forderungen der Integration an sie stellen. Gleichzeitig seien viele Fragen eines angemessenen Umgangs mit diesen Menschen noch offen.

Damerow plädierte aber auch dafür die Dauer von Aufenthaltsverfahren deutlich zu verkürzen. Einige Abschiebungshindernisse müssten noch beseitigt werden, um dann auch konsequent eine Ausreise derjenigen zu erreichen, die die gestellten Anforderungen nicht erfüllen. Alle Anträge zu dieser Frage wurden in den Ausschuss überwiesen.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1746.pdf>

Für eine kostendeckende Refinanzierung der Krankenhäuser Koalition kämpft weiter für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert



Ursula Sassen, MdB

Bereits 2005 hatte sich die Große Koalition in Schleswig-Holstein darauf verständigt, eine Bundesratsinitiative für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert zu ergreifen, um für Schleswig-Holsteins Krankenhäuser bessere finanzielle Bedingungen herbeizuführen.

Diese Forderung wurde auch von der jetzigen Koalition aufrechterhalten, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Ursula Sassen. Am 15. Oktober 2010 hat der Bundesrat auf Initiative von Schleswig-Holstein mehrheitlich für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert gestimmt. Damit sei die erste Hürde genommen worden, so Sassen.

„Leider wurde diese Initiative im Bundesgesetz nicht berücksichtigt“, so Sassen. Lediglich eine Annäherung an einen einheitlichen Wert bis Ende 2014 wurde vorgesehen. „Das ist schön, aber nicht zufrieden stellend! Es muss nach wie vor das Ziel der Landesregierung sein, im Rahmen einer zweiten Konvergenzphase im Zeitraum von 2015 bis 2019 den punktuellen Bundesbasisfallwert zu erreichen.“

Die heutige Kundgebung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Krankenhäusern vor dem Landeshaus sei mehr als eine übliche Demonstration zur Durchsetzung von Forderungen. Sie sei ein Appell, nicht nur die finanzielle Situation der Kliniken, sondern auch die Rahmenbedingungen für Mediziner und Pflegekräfte zu verbessern. „Mit unserem Antrag für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert wollen wir Minister Dr. Garg bei seinen Bemühungen auf dem Weg dorthin stärken, damit die Benachteiligung der Krankenhäuser in

Schleswig-Holstein ein Ende hat“, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin abschließend.

Den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zu diesem Thema finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1743.pdf>

Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau und der Nahrungsmittelkette **Keine neuen Erkenntnisse in der Gentechnikdebatte**



Heiner Rickers

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-holsteinischen Landtag, Heiner Rickers, warf der Opposition vor, mit der heutigen Beratung zum Thema „gentechnisch veränderte Pflanzen“ eine überflüssige Debatte im Landtag angesetzt zu haben: „Diesen Antrag haben wir im Umwelt- und Agrarausschuss und im Europaausschuss bereits in fünf Sitzungen inklusive einer Anhörung ausführlich behandelt und abschließend abgestimmt. Hinzu kommen zwei intensive Debatten in diesem Hohen Hause in dieser Legislaturperiode“, rechnete Rickers vor.

Alle bereits dargelegten Argumente erneut aufwärmen zu wollen, führe zu keinen neuen Erkenntnissen!

Die von der Opposition geforderte rechtssichere Entscheidungsfreiheit auf nationaler Ebene sei nach wie vor auf EU-Ebene nicht entschieden. Beim Saatgut gelte die absolute Nulltoleranz, die in der praktischen Umsetzung leider zu immer mehr Problemen führe.

Die CDU-Fraktion sei für eine praktikable technische Lösung: „Eine Lösung die sicherstellt, dass Partien, die im Exporthafen mit zertifizierten Methoden beprobt wurden, in Europa nach gleichen Vorgaben beprobt werden und nicht abgewiesen werden müssen!“, forderte Rickers.

Antrag von CDU und FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0400/drucksache-17-0420.pdf>

Von Stockelsdorf in die Welt **Arbeitskreise der CDU-Landtagsfraktion besuchen Lübecker Marzipan Fabrik**

Die CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Michael von Abercron, Hauke Göttisch, Heiner Rickers und Markus Matthießen besuchten auf Vermittlung des örtlichen Abgeordneten und Vorsitzenden

des Fraktionsarbeitskreises Tourismus & Verkehr, Hartmut Hamerich, die weltweit exportierende Lübecker Marzipan-Fabrik von Minden & Bruhns GmbH Co. KG, kurz "Lubeca", in Stockelsdorf.

Lubeca liefert an Großverbraucher Marzipanroh- und Nougatmassen, Schokoladenkuvertüren, Mandeln und Haselnüsse. Geschäftsführer Dr. Axel Hahner führte die Abgeordneten durch das 1904 gegründete mittelständische Unternehmen, das rund 150 Mitarbeiter im Mehrschichtbetrieb beschäftigt. Seine nicht reinvestierten Gewinne führt das Unternehmen über die Bluhme und Jepsen-Stiftung gemeinnützigen, wohltätigen und sozialen Zwecken zu.

Die Abgeordneten erfuhren, dass Lubeca über 20.000 Tonnen „Output“ in 46 Länder liefert. Auch das "Geheimnis" des Lübecker Marzipans wurde gelüftet. "Lübecker Marzipan" bedeutet, dass in Granitwalzwerken gemahlen und eine halbe Stunde in offenen Kupferröstkesseln bei 95 Grad abgeröstet wird. Die international geschützte Herkunftsbezeichnung garantiert höhere Qualitätsstandards als handelsübliches Marzipan.

Edelmarzipan besteht aus mindestens 70 Teilen Marzipanrohmasse und höchstens 30 Teilen zugesetzten Zucker. Die traditionelle Herstellungsweise und höchste Qualitätsanforderungen konnten bei der anschließenden Besichtigung der Marzipanfertigung begutachtet und auch verkostet werden. Hartmut Hamerich: "Bei Lubeca wird deutlich, dass Schleswig-Holstein ein attraktiver Wirtschaftsstandort ist und erste Qualität, persönlicher Einsatz sowie gutes Betriebsklima, die festen Komponenten für den Erfolg dieses Unternehmens sind. Wir danken herzlich für den Besuch sowie die Informationen in diesem erfolgreichen und traditionellen schleswig-holsteinischen Unternehmen."



v.l.: Hartmut Hamerich, Hauke Götttsch, Geschäftsführer Dr. Axel Hahner, Dr. Michael von Abercron, Markus Matthießen und Heiner Rickers

CDU-Fraktion sagt „tschüss“

Mitarbeiter für den HSH Untersuchungsausschuss beenden ihre Arbeit

In der heutigen Fraktionssitzung hat die CDU-Landtagsfraktion Uwe Wick und Michael Meschede verabschiedet. Beide haben in den vergangenen zwei Jahren die CDU-Landtagsfraktion bei der Aufarbeitung im HSH Untersuchungsausschuss tatkräftig unterstützt.

Der Abschied fiel durchaus scherzhaft aus, wobei die beiden Mitarbeiter tatkräftig mitwirkten. So wurde festgestellt, dass Uwe Wick sich wohl mit seinem Ruhestand als Staatsanwalt nicht habe abfinden wollen. Er war für die rechtliche Bewertung zuständig. Michael Meschede habe

das „Bankkauderwelsch“ in eine für die Abgeordneten verständliche Sprache übersetzt und sei der Herr über die Zahlen gewesen. Wick und Meschede traten auch bei ihrer Verabschiedung als „Team“ auf: „Ich habe ihm erklärt, was 1 und 1 ist“, stellte Meschede fest. Wick konterte umgehend: „Und ich habe ihm gesagt, wo er das im Gesetz findet“.

Wie viel Arbeit die beiden in den vergangenen Monaten tatsächlich geleistet haben, betonte Obmann Tobias Koch, MdL: In 76 Ausschusssitzungen und unzähligen Arbeitstreffen habe man sich durch 168 Aktenordner gearbeitet.



stehend v.l.: Uwe Wick, Michael Meschede und Johannes Callsen, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de